Preußische Landesversammlung.

(Schluß aus der Beilage.)

Abg. Hollmann (D. V.)

tritt für einen Antrag seiner Partei ein, die Kenntnis der Hauptbestimmungen des Versailler Friedensvertrags in den Schulen zu verbreiten, irgendeine nationalistische Tendenz sei damit nicht verbunden. Die deutschen Lehrer in Posen würden von den Polen in jeder Weise drangsaliert, das stände im Widerspruch mit der Kulturpolitik des alten Preußenstaates. Die Oberschlesier würden hoffentlich daraus lernen und am preußischen Staat festhalten. Daß die alten preußischen Volksschulen mit ihren Leistungen sich sehen lassen können, sei keine Hohenzollernlegende, sondern eine Tatsache. Die hastige sozialistische Schulreform könne nur schaden.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.)

ist gegen die Belehrung über den Inhalt des Friedensvertrages, damit das „Gift des Völkerhasses“ nicht in die Schule getragen werde. Ein Fünftel der Schulkinder habe in der alten preußischen Volksschule in völlig überfüllten Klassen gesessen; eine vernünftige Steuerpolitik werde die Mittel ergeben, diese Verhältnisse zu bessern. Mit den Auswüchsen byzantinischer Hohenzollernverherrlichung in den Schulbüchern muß aufgeräumt werden. Die erzieherischen Fähigkeiten der verheirateten Lehrerinnen müssen nutzbar gemacht werden. Die außerordentliche Not der Lehrerinnen an den Privatschulen muß beseitigt werden. Solange Privatschulen bestehen, müssen sie auf staatlicher Grundlage unterstützt werden. Die höheren Schulen müssen rationiert werden. Den Wunsch der Demokraten, die Trennung zwischen Staat und Kirche nicht so lange hinauszuzögern, bis alle finanziellen Fragen bis zum letzten Punkte geregelt sind, unterstützen wir.

Abg. Lichtenstein (U. Soz.):

Der Minister tut uns Unrecht mit der Behauptung, daß wir an der reaktionären Haltung der Regierung die Schuld tragen. Es ist erwiesen, daß die Rechtssozialisten ihr Angebot, mit uns gemeinsam zu regieren, gar nicht ernst gemeint hatten.

Nach langen Bemühungen ist es gelungen, in Preußen ein Gericht zu finden, das die Marburger freigesprochen hat. Dieses Urteil der Klassenjustiz beweist aber keineswegs die Unschuld der Mörder. (Stürmische Rufe rechts: Unerhörte Unverschämtheit! — Ab nach Moskau! — Eine Bemerkung des Präsidenten bleibt bei dem allgemeinen Lärm unverständlich.)

Damit schließt die Aussprache.

In der Abstimmung wird der Kultusetat im einzelnen bewilligt. Das Gesetz über die Neuregelung der **Verfassungen der evangelischen Landeskirchen** der neuen Provinzen Preußens wird in zweiter und dritter Lesung im einzelnen ohne Erörterung angenommen, jedoch in der Gesamtabstimmung im ganzen gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien, unter denen nur wenige Demokraten anwesend sind, abgelehnt.

Von den zahlreichen Anträgen zum Kultusetat wird zunächst der Antrag der Deutsch-Hannoveraner auf Erhöhung der Etatspositionen zur Unterstützung sozialer Bestrebungen der Studentenschaft von 50 000 Mark auf eine Million Mark dem Hauptausschuß überwiesen. Von den mitgeteilten Entschließungen des Ausschusses werden diejenigen wegen der Pensionierung von Lehrern, die aus Gewissensbedenken nicht mehr tätig sein wollen, und wegen schleuniger Verabschiedung des Reichsschulgesetzes oder eines Notgesetzes zur Errichtung bekenntnisfreier Schulen abgelehnt.

Abg. **Rippel** (D. Nat.) beantragt darauf, sämtliche übrigen Abstimmungen auf morgen zu vertagen, da die Demokraten heute abend nicht anwesend sein können. Der Antrag wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt und nur einige namentliche Abstimmungen, die beantragt sind, auf morgen vertagt.

Die übrigen bereits mitgeteilten Entschließungen des Ausschusses werden angenommen, ebenso eine Reihe weiterer Entschließungen des Ausschusses zu einzelnen Etatsteilen.

Abgelehnt wird jedoch eine Entschließung auf Errichtung einer Professur für reformierte Theologie an der Universität Göttingen. Die Mehrheit dagegen bilden die sozialistischen Parteien.

(Bei Schluß des Blattes dauert die Sitzung noch fort.)

Baukosten und Mietssteuer.

Der Hauptausschuß der Landesversammlung nahm am Mittwoch abend eine Reihe von Gesetzen an, darunter den Nachtragshaushalt für die Schutzpolizei. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Sicherheitspolizei nicht mehr gäbe, daß es also irrtümlich sei, wenn in der Oeffentlichkeit von einer solchen gesprochen würde.

Durch den angenommenen Gesetzentwurf, betreffend Abbürdung der Baukosten-Ueberteuerung werden 400 Millionen bereitgestellt. Es wird dadurch der Bau von 18 000 Wohnungen ermöglicht. Die Regierung wurde über den Stand der Mietssteuerpläne des Reiches befragt. Nach dem neuesten Entwurf sollen die Länder bezüglich der Erhebung und Verwendung selbständig handeln. Es soll nur vorgeschrieben werden, daß eine Mietssteuer oder eine gleichwertige Grundsteuer durch die Länder erhoben wird.

Ein Dankeswort aus Finnland.

Zu Ehren des aus Helsingfors scheidenden deutschen Gesandten in Finnland, des Freiherrn v. Brück, wurde ein Abschiedsfest gegeben, bei dem der finnische Universitätsprofessor Laurila dem Gesandten und dem Deutschen Reich in herzlicher Weise seinen Dank und seine Freundschaft bekundete. Die Finnen haben es nicht vergessen, wie die deutschen Soldaten ihnen in der größten Notlage als Retter erschienen sind, und sie ehren Hügel und Denkmal, unter denen die tapferen Helden begraben sind. Professor Laurila ist davon überzeugt, daß die Kräfte und Tugenden, die im deutschen Volke stecken, nach dem augenblicklichen, durch Not und Kriegsstürme verursachten Zusammenbruch, wieder erwachen werden. Die Ausschaltung Deutschlands aus der Mitarbeit in Politik und Wirtschaft würde eine katastrophale Verkümmerung der Weltkultur bedeuten. Eine Mahnung aber ruft er den Deutschen zu: Habt mehr Achtung vor Euch selbst, und man wird Euch in der Welt mehr achten. Die Erstarkung des Nationalbewußtseins ist die erste Bedingung zur Auferstehung.

Deutsches Reich.

Der Papst an die Fuldaer Bischofskonferenz.

Die „Germania“ veröffentlicht nunmehr die Antwort des Papstes auf das Begrüßungsschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz. Anknüpfend an die Gedankengänge des Fuldaer Schreibens betont der Papst die Notwendigkeit, „endlich dem römischen Papste jenen wirksamen Schutz der Freiheit zu gewähren“, den er seit dem Ende des Kirchenstaates zu entbehren glaubt. Jedenfalls hat ihm ja der Weltkrieg wiederholt die „so abnorme Lage“ des Heiligen Stuhles vor Augen geführt. Weiterhin verspricht sich der Papst von der Errichtung der Nuntiatur in Berlin für Kirche und Staat ersprießlichen Nutzen. Er ermahnt schließlich zur wahren christlichen Betätigung, die am ehesten die Kriegsschäden zu heilen und den Haß zu beschwichtigen vermöchte.

Bayern und das Mietssteuergesetz.

M. **München**, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Eine offiziöse Mitteilung der „Korrespondenz Hoffmann“ über das Mietssteuergesetz bezeichnet den Gedanken, die Mittel durch Erhebung eines besonderen Zuschlags zur Reichseinkommensteuer zu beschaffen, als bemerkenswert. Dieser Vorschlag hätte jedenfalls den Vorzug einfachster Erhebung und daher größter Billigkeit der Durchführung für sich.

481 501 Streiktage in Bayern.

M. **München**, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Aus einer Veröffentlichung des bayerischen Statistischen Landesamts geht hervor, daß im Jahre 1919 in Bayern die Zahl der durch Streik verlorenen Arbeitstage 481 501 betrug gegenüber 29 000 im Jahre 1917.

Aenderung des Stempelsteuergesetzes.

Die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Demokraten haben der preußischen Landesversammlung einen Gesetzentwurf unterbreitet, der eine Aenderung des Stempelsteuergesetzes bezweckt. Im Artikel 1 des Entwurfs heißt es: Das Stempelsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1909 wird dahin abgeändert, daß zu den auf Grund des Tarifs zu erhebenden Stempelbeträgen, soweit die Höhe des im Einzelfall zu erhebenden Stempelbetrages nicht nach dem Werte des Gegenstandes zu berechnen ist, Zuschläge von 300 v. H., im übrigen Zuschläge von 100 v. H. erhoben werden. Die Bestimmungen über sachliche Stempelsteuerbefreiungen sollen u. a. umfassen: Urkunden über Gegenstände, deren Wert nach Geld geschätzt werden kann, wenn dieser Wert 300 *M* nicht übersteigt, insoweit nicht der Tarif entgegenstehende Bestimmungen enthält.

Die Nachfolge von Frauendorfers.

bk. **München**, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Ausschuß des Rats der bayerischen Verkehrspersonals hat, nach der „Bayerischen Staatszeitung“, zur Frage des Nachfolgers des Herrn von Frauendorfer, dahingehend Stellung genommen, daß der Präsident der Eisenbahndirektion München, von Frank, auf den sich erledigenden Posten berufen werden müßte.

Wahlferien des Reichstages?

Der Reichstag, der am 19. Januar seine Arbeiten wieder aufnimmt, wird, wie die „Deutsche Umschau“ aus parlamentarischen Kreisen hört, voraussichtlich nur etwa drei Wochen zusammenbleiben, um die dringendsten gesetzgeberischen Arbeiten zu erledigen. Etwa vom 15. Februar ab solle bis zum 26. Februar eine Pause eintreten, um den Abgeordneten Gelegenheit zu geben, ihre Parteien im preußischen Wahlkampfe zu unterstützen.

Die Provinziallandtagswahlen.

Durch Verfügung des preußischen Ministers des Innern sind die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen auf den 20. Februar anberaumt worden. Sie werden also mit den allgemeinen Landtagswahlen zusammenfallen.

Erwerbslosendemonstration in Breslau.

Breslau, 13. Januar. (W. T. B.) Zu Beginn der heutigen Stadtverordnetensitzung sammelte sich eine größere Anzahl Erwerbsloser vor dem Rathause an, um der Versammlung einen Antrag auf Bewilligung einer Sonderbeihilfe für die Erwerbslosen zu überreichen, nach dem allen bis zum 25. Dezember mindestens zwei Wochen arbeitslos Gewesenen Beihilfen von 250 bis 500 *M* gewährt werden sollen. Die Arbeitslosen wurden durch ein zahlreiches Aufgebot der Sicherheitswehr am Betreten des Rathauses verhindert. Auch der Polizeipräsident, Geh. Regierungsrat Liebermann, war persönlich erschienen. Beim Eintritt in die Tagesordnung stellt Unabhängiger Gruschwitz einen Antrag auf sofortige Zurückziehung der Sicherheitswehr aus dem Rathause. Der Vorsteher, Geh. Justizrat Dr. Heilberg, erklärte, daß dies außerhalb seiner Machtbefugnis liege. Die Mehrheitssozialisten werden sich in der nächsten Fraktionssitzung mit dem Antrag der Erwerbslosen befassen.

Amnestie für Hölz gefordert!

8. **Dresden**, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Im Vogtlande, besonders in Falkenstein und Oelsnitz, haben mehrere stark besuchte Arbeiterversammlungen stattgefunden, in denen Amnestie für Hölz und seine Genossen gefordert wird. In der in Oelsnitz angenommenen Entschließung wird erklärt, sie seien gewillt, zu den schärfsten Mitteln zu greifen, um die Freiheit ihrer Genossen zu erwirken.

Ein Selbstmordversuch Harry Waldens.

Wie uns ein Drahtbericht aus Wien meldet, hat sich der Schauspieler Harry Walden in die linke Brustseite geschossen. Die Ursache dieses Selbstmordversuches ist angeblich in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen. Der Zustand des Verletzten ist nicht lebensgefährlich.

Die Kohlennot.

Die Franzosen verlangen von Deutschland nach Ablauf des Spaa-Abkommens 2,2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich und die Nachlieferung der Rückstände der letzten Monate, trotz ihrer nachweisbar günstigen Kohlenversorgung. Deutschland, das die ihm in Spaa auferlegte Last von 2 Millionen Tonnen monatlich trotz des besten Willens in den letzten Monaten nicht voll tragen konnte, soll also vom 1. Februar 1921 noch mehr Kohlen abgeben als bisher.

Vor einigen Tagen wurde von uns bereits mitgeteilt, daß der Eisenbahnverwaltung infolge des Spaa-Abkommens nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeführt werden könnte, und auf die Gefahr der Einschränkung des Personenverkehrs aus Mangel an Dienstkohlen hingewiesen.

Heute liegt uns ein Notschrei des Berg- und Hüttenmännischen Vereins e. V., Siegen vor, der sich über die Belieferung mit wenigem, fast durchweg minderwertigem Brennmaterial beklagt, die zu einer völligen Aushöhlung dieser Industrie führen müsse, und darauf aufmerksam macht, daß die andauernde Unterbelieferung mit Kohlen dazu führen würde, daß große Betriebe Arbeiter entlassen oder ganz schließen müssen. Von den Hochofen- und Siemens-Martin-Stahlwerken z. B. mußten drei Hochofenwerke infolge der eingeschränkten und unregelmäßigen Koks- und Kohlenzufuhr den einen Ofen, den sie bisher noch in regelmäßigem Betrieb erhalten hatten, langsamer betreiben, um die gänzliche Stillegung und damit die Brotlosmachung der Arbeiter zu vermeiden. Dort, wo nur ein Drittel bis ein Viertel des Brennstoffbedarfs geliefert worden war, mußte ein großer Teil der Arbeiter mit unproduktiven Arbeiten beschäftigt werden. Ein Teil der Betriebe behalf sich mit Ersatzbrennstoffen wie Torf und Sägemehl; es ist selbstverständlich, daß eine rationelle Betriebsführung mit solchem minderwertigen Material auf die Dauer unmöglich ist. Bei den Walz- und Hammerwerken war der Kohleneingang fast durchweg so knapp, daß einige Werke tagelang völlig stilliegen mußten. Ein Werk hat z. B. von dem gemeldeten Bedarf von 400 Tonnen Kohlen nur 75 Tonnen erhalten; ein anderes Werk konnte die Stillegung nur mit Hilfe der teuren amerikanischen Kohle vermeiden.

Aehnliche Klagen über ungenügende Kohlenversorgung und Lieferung von minderwertiger Kohle laufen aus dem ganzen Reichsgebiet ein.

Reichshauptstadt.

Das Gehalt des Oberbürgermeisters

Die Tribünen boten in der gestrigen Abendsitzung ein ungewohnt anständiges und ruhiges Bild; die neue Verfügung der durch die Parteien gleichmäßig verteilten Tribünenkarten aber hat den Zorn der Kommunisten erregt, dem Gaebel (Kom.) zu Beginn der Sitzung in vielen, sich ewig wiederholenden Sätzen Ausdruck gab. Er nennt das „Beschränkung der Oeffentlichkeit“. Da er zur Sache statt zur Geschäftsordnung redet, wird ihm vom stellv. Vorsteher Schwarz (D. Vp.) schließlich das Wort entzogen.

Es liegt ein Dringlichkeitsantrag Weyl (U. S.) vor, jede Schulfeier anläßlich des 18. Januar zu verbieten und die Lehrer, die gegen dieses Verbot verstoßen sollten, zur Rechenschaft zu ziehen. Da die Rechte der Dringlichkeit dieses Antrags widerspricht, wird er von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Antrag der Kommission, das Gehalt des Oberbürgermeisters auf 52 000 M. (47 000 M. Grundgehalt, 5000 M. Ortszuschlag) zuzüglich Teuerungszuschlag, im ganzen also 78 000 Mark, festzusetzen, wird angenommen, ein kommunistischer Antrag, der nur 45 000 M. bewilligen will, abgelehnt.

Auf 6 Uhr ist die Wahl des Oberstadtschulrates anberaumt. Schon zu Beginn der Sitzung wurde vom Vorsteher mitgeteilt, daß zahlreiche Proteste gegen eine Wahl Paulsens vorlägen, darunter 62 Beschlüsse von Elternbeiräten. Bevor das Haus zur Wahl schreitet, entspinnt sich eine heftige Redeschlacht zwischen der Linken und Rechten. Es liegt ein Antrag Saltzgeber und Gen. vor, der die Wiedereröffnung der Debatte über die Kandidaten verlangt. Stadtv. Lichtenberg (D.) begründet ihn. Adolf Hoffmann (K.) widerspricht und ihm sekundiert Löwenstein. Nachdem der Vorsitzende feststellt, daß der Antrag wider die Geschäftsordnung verstoße, wird er zurückgezogen und ein anderer auf Verschiebung der Wahl eingebracht. Stadtv. Lichtenberg erklärt, als Paulsen vorgeschlagen worden sei, habe die Mehrzahl nichts von ihm gewußt. Er sei nun mittlerweile nach Hamburg gefahren und habe Material über Paulsen eingeholt. Er verlange, daß dieses Material gehört werde. Die Eile, mit der die Linke die Wahl betreibe, sei verdächtig und beweise, wie sehr sie die eingehende Prüfung von Paulsens Eignung scheue. Der Antrag wird mit den Stimmen der Linken und einiger Demokraten abgelehnt und die Wahl sofort vorgenommen, die, wie bereits an anderer Stelle des Blattes gemeldet, eine Mehrheit für Paulsen ergibt.

Der Ausschußantrag betreffend die Einstellung der Kohlenlieferung an Bars, Dielen usw. wurde angenommen. Eine ausgedehnte Erörterung spann sich an die Beratungen über den Erlaß eines Ortsgesetzes über die Zusammensetzung der Bezirksämter und die Besoldung ihrer Mitglieder. Dr. Michaelis (D. Dem.) wandte sich dagegen, daß die Ausschußanträge noch über das Landesgesetz hinausgingen und eine stärkere Besetzung der Bezirksamtsstellen verlangen. Er forderte Zurückverweisung an die Kommission. Eine derartige Futterkrippenpolitik auf Kosten des Steuerzahlers könnten er und seine politischen Freunde nicht mitmachen. Als dann der Kommunist Dörr für die Einrichtung einer Berliner Verwaltung nach russischem Muster eintrat, antwortete ihm allgemeine Heiterkeit. Er aber meinte: „Ihnen dürfte das Lachen bald vergehen, wenn wir erst mal am Ruder sind.“ Lebhaften Widerspruch erregte Stadtv. Dr. Freund (U. Soz.) durch seine Behauptung, daß sie, nachdem sie hinter die Kulissen der Verwaltung geschaut hätten, überall auf Sumpf, Stank und Korruption gestoßen wären. Bürgermeister Ritter hat um Annahme einer Vorlage, wonach auch die unbesoldeten Mitglieder der Bezirksämter nach der Verhältniswahl zu wählen sind. Der Antrag wurde angenommen.

Angenommen wurde die Vorlage des Magistrats über die Bewilligung von 500 000 *M* für die Darlehnskasse der Beamten und Arbeiter, und eine zweite Vorlage über die Erhöhung der Pflegekosten in den Krankenanstalten wurde einem Ausschuß übergeben.

Preisermäßigung für Schmelzkoks. Zu der vor einigen Tagen veröffentlichten Preiserhöhung für oberschlesischen Schmelzkoks auf 25,25 *M* teilt das Kohlenamt Berlin mit, daß nach erneuten Verhandlungen der beteiligten Kreise der Preis von 25,25 *M* für das Gebiet des früheren Kohlenverbandes Groß-Berlin sowie für den ehemaligen Stadtbezirk Spandau für alle Lieferungen ab 10. Januar 1921 an das Kleingewerbe sowie für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in Fuhren nicht unter 30 Zentner frei Keller auf 24 *M* ermäßigt wurde und demgemäß nunmehr endgültig festgesetzt worden ist.

Ueber 7 Millionen städtische Baukosten für Wohnhäuser. Nahe dem Schloßpark Buch entstand zurzeit eine Siedlung von 56 Häusern, davon 32 Reihenhäuser, 12 Eckhäuser und 6 Doppelhäuser mit kleinen Stallgebäuden. Hierfür waren seinerzeit den Baumarktpreisen entsprechend 2 560 000 Mark zur Verfügung gestellt, wozu das Wohlfahrtsministerium 792 060 Mark zuschoß. Die Preissteigerung auf dem Baumarkt hat das Wohlfahrtsministerium veranlaßt, seinen Zuschuß von 792 060 Mark bis zum 20. September 1920 auf 2 625 000 Mark zu erhöhen. Auch hat der Wohnungsverband eine weitere Erhöhung seines Zuschusses auf 3 808 000 Mark in Aussicht gestellt. Die große Bauanlage ist im Rohbau wesentlich fertig. Nach dem zeitigen Stand der Preise werden die Gesamtkosten sich jetzt einschließlich für die sehr ausgedehnten Anlagen im Gelände und der Bauleitungskosten auf 7 870 218 Mark belaufen. Der Magistrat hat demgemäß die Stadtverordnetenversammlung ersucht, damit einverstanden zu sein.

Ein Gartenbeirat für Berlin. Der Verwaltungsrat für die Park- und Friedhofsangelegenheiten hat gestern unter dem Vorsitz des Stadtrats Ahrens seine Beratungen über die Organisation der Park- und Friedhofsverwaltung beendigt. Es wird beim Magistrat ein Zentralgartenamt errichtet, in den Bezirken werden Gartenämter geschaffen. Dem Zentralgartenamt soll ein Beirat aus Sachverständigen beigegeben werden. Der Verwaltungsrat beschloß mit Mehrheit, den Beirat zusammenzusetzen aus dem Zentral-Gartendirektor, dem Gartendirektor, zwei Vorstehern von Bezirksgartenämtern, zwei vom Betriebsrat zu wählenden Vertretern und zwei vom Magistrat aus dem Kreise der freischaffenden Gartenbaukünstler zu wählenden Personen. Der Gartenbeirat soll für die dem Zentralgartenamt obliegende Beurteilung der Entwürfe für Neuanlagen und Umgestaltung bestehender Anlagen sowie bei sonstigen wichtigen Fragen gehört werden. Er kann auch aus sich heraus dem Zentralgartenamt Vorschläge machen.

Berliner Personenschiffahrt. Pläne für eine Personenschiffahrt auf den Berliner Gewässern kamen in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrats für Häfen und Schiffahrt zur Sprache. Es wurde aus der Mitte des Verwaltungsrats angeregt, den schon vor dem Kriege wiederholt erörterten Plänen für die Einrichtung eines Motorbootverkehrs oder von Dampferlinien auf den Berliner Gewässern, Spree und Landwehrkanal, wieder näherzutreten. Es würde sich da unter Umständen für die Stadt Berlin eine neue Einnahmequelle eröffnen. Von sachverständiger Seite des Magistrats wurde darauf hingewiesen, daß dieser Einrichtung bisher vor allem die allzu vielen Schleusen in den Berliner Gewässern entgegenständen. Unbedingt notwendig seien nur die Charlottenburger und die Mühlendammschleusen; die Treptower und Neuköllner Schleusen könnten infolge des geringen Niveauunterschiedes zwischen Spree und Landwehrkanal von 16 cm verschwinden. Es müßte aber die im Zusammenhang hiermit stehende, vom Staate betriebene Frage der Errichtung von Staubecken im Gebiet der Oberspree abgewartet werden. Die Frage soll weiter geprüft und vom Verwaltungsrat für Häfen und Schiffahrt weiter verfolgt werden.

Kochmehlverteilung in Groß Berlin. Es entfallen auf die Abschnitte 79/80 der Groß Berliner Lebensmittelkarte 600 Gramm ausländisches Kochmehl zum Preise von 5,10 *M*. Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 18. bis 31. Januar 1921 in sämtlichen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamten-Wirtschaftsvereins, ferner in den Verkaufsstellen der Meierei C. Bolle, in den durch rote Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen und in den durch blaue Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, soweit dort noch Restbestände lagern.

Sammlung und Verwertung von Speiseabfällen. Durch Erlaß des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurde eine Anordnung des Oberkommandos in den Marken für Berlin wieder in Kraft gesetzt, nach der die Haushaltungsvorstände sowie die Inhaber und Leiter von gewerblichen oder gemeinnützigen Betrieben verpflichtet sind, alle Speisereste und Küchenabfälle, soweit sie nicht im eigenen Haushalte oder Betriebe verbraucht oder verfüttert werden, vom übrigen Müll getrennt zu sammeln. Diese Abfälle dürfen nur an die mit einem Ausweis des hiesigen Magistrats versehenen Molkereibesitzer abgegeben oder von diesen eingesammelt werden.

Exmittierte Portiers. Vor zwei Häusern in der Windscheidstraße und Leonhardstraße in Charlottenburg kam es gestern nachmittag zu großen Menschenansammlungen. Hier waren die Portiers nach Differenzen mit ihren Hauswirten samt ihren Möbeln auf die Straße gesetzt worden. Nach längeren Verhandlungen kam es schließlich zu einer Einigung, und die Portiers konnten ihre Möbel wieder unterstellen.

Der falsche Kammerdiener Maria Orskas, ein von der Polizei seit langem gesuchter Einbrecher und Brillantendieb, der in Verbrecherkreisen unter dem Namen „Perlen-Maz“ bekannt ist, versuchte sich in den Besitz des Schmuckes der bekannten Schauspielerin Maria Orska, jetzigen Baronin v. Bleichröder, zu setzen. Frau v. Bleichröder pflegt ihren nach Millionen zu bewertenden Schmuck bei der Juwelierfirma Marggraf in der Kanonierstraße ins Depot zu geben, und je nach Bedarf einzelne Teile des Schmuckes durch ihren Kammerdiener abholen zu lassen. Auf irgend eine Art und Weise hatte Perlen-Maz, dessen bürgerlicher Name Willi Krein lautet, von diesem Umstand Kenntnis bekommen und faßte den kühnen Plan, in der Rolle des Kammerdieners einen großen Coup zu landen. Gestern erschien bei dem Juwelier ein Mann, der sich als Kammerdiener der Frau v. Bleichröder ausgab und einen Ausweis vorlegte, laut dessen ihm der im Depot ruhende Schmuck ausgehändigt werden sollte. Der Ausweis erregte das Mißtrauen einer Angestellten der Firma, die sich telephonisch erkundigen wollte, ob man dem angeblichen Kammerdiener die Schmucksachen tatsächlich aushändigen solle. Als der Betrüger merkte, daß man Verdacht geschöpft hatte, raffte er einige in seiner Nähe liegende Schmuckstücke zusammen und wollte die Flucht ergreifen. Auf ein geheimes Klingelsignal waren jedoch bereits die bei dem Juwelier tätigen Wächter aufmerksam geworden und fingen den Verbrecher an der Tür ab. Der Festgenommene begann, als er sein Spiel verloren geben mußte, den „wilden Mann“ zu spielen. Die Kriminalpolizei fand in dem Festgenommenen einen alten Bekannten wieder, der aller Wahrscheinlichkeit nach eine ganze Reihe von Brillantendiebstählen in Berlin ausgeführt hat.

Der Scheidebrief des Rabbiners. Vor einigen Tagen erschienen bei einem Rabbiner eine Anzahl junger Burschen, sämtlich eingewanderte Polen, in deren Begleitung sich eine Frau befand. Einer der Männer bat den Rabbiner, ihm den „Scheidebrief“ auszustellen. Nach polnisch-jüdischem Ritus genügt zur Auflösung einer Ehe die Scheidung, die durch den Rabbiner in Gegenwart von fünf Zeugen mündlich vorgenommen und dann durch den sogenannten „Scheidebrief“ dokumentarisch bestätigt wird. Der Rabbiner nahm die Scheidung vor und öffnete dabei seinen Schreibtisch, in dem sich eine größere Geldsumme befand. Einige Tage später erschienen dieselben Männer wieder, doch befand sich in ihrer Begleitung eine andere Frau. Die Gauner erklärten der Gattin des abwesenden Rabbiners, daß sie warten wollten, bis dieser nach Hause zurückkehre, da er wiederum eine Scheidung vornehmen solle. Die mitgekommene Frau erklärte jedoch der Rabbinersgattin weinend, daß sie mit ihrem Manne nicht in einem Zimmer bleibe, da sie Mißhandlungen zu befürchten hätte. Gutmütig forderte Frau Dr. H. die Unbekannte auf, in ein anderes Zimmer zu treten, und dort schilderte die „Unglückliche“ der Hausfrau unter Tränen das Schicksal ihrer Ehe. Inzwischen knackten die Lodzer Jungen in aller Seelenruhe den Schreibtisch des Predigers und entwendeten daraus 75 000 Mark. Lautlos verschwanden die Diebe, und als Frau Dr. H. die Fremde einen Augenblick verließ, suchte auch diese das Weite. Der Kriminalpolizei gelang es vor zwei Tagen, einen der Diebe zu verhaften und ihm 2000 Mark von seiner Beute abzunehmen. Bedauerlicherweise wurde der Einbrecher jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zu dem Mord an dem Kaufmann Henschke wird mitgeteilt, daß der in Königsberg verhaftete Mittäter Herbert Bruchmann gestern von den Kriminalbeamten Bonse und Mallin nach Berlin transportiert worden ist. Bei seiner Vernehmung durch die Kriminalkommissare Kunze und Werneburg war der Verhaftete in vollem Umfange geständig. Er behauptet nur, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Kaufmann zu töten. Als er nachträglich erfahren hatte, daß Henschke ums Leben gekommen war, hat er seine Absicht, nach Gelsenkirchen zu fahren, aufgegeben und ist statt dessen zunächst nach Stettin gefahren. Von dort reiste er dann weiter nach Königsberg.

Der „Ueberfall in der Franzerkaserne“ ist nunmehr völlig aufgeklärt. Die Darstellung, die die „Ueberfallene“, die Tochter des Inspektors Ewald, von dem Ueberfall gab, erschien von vornherein unglaubwürdig. Bei ihren Vernehmungen durch Kriminalkommissar Dr. Anuschat machte sie so widersprechende Angaben, daß von vornherein der Verdacht aufgetaucht war, daß der ganze Ueberfall erdichtet sei. Gestern vormittag suchte Kriminalwachtmeister Liebknecht alle Geschäfte auf, die in der Nähe der Franzerkaserne liegen und solche Ketten verkaufen, wie die, mit der Fräulein Ewald „gefesselt“ worden ist. Er ermittelte auch ein Geschäft, in dem die Kette kurz vor dem „Ueberfall“ von einem jungen Mädchen, unzweifelhaft der „Ueberfallenen“ selbst, gekauft worden ist.

Ueberfall in der Kolonie Grunewald. Geknebelt und gefesselt wurde gestern abend das 20 Jahre alte Dienstmädchen Gertrud Sch. auf einem Grundstück in der Hagenstraße in der Kolonie Grunewald aufgefunden. Nachdem sich das fast bewußtlose Mädchen etwas erholt hatte, gab es an, daß es von zwei unbekannten Männern überfallen und auf die beschriebene Weise wehrlos gemacht worden sei. Dann hätten die Männer den Hausschlüssel an sich genommen und seien über den Zaun gestiegen. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft wurde der Portier des Hauses der Kriminalpolizei übergeben.

Chefredaktion: **Rudolf Cuno.** — Verantwortliche Redakteure: Für Innere Politik: **Carl Karsten.** Für Auswärtige Politik: **O. G. v. Wesendonk.** Für das Feuilleton: **Otto Gysae.** Für den Volkswirtschaftlichen Teil: **Gustav Wehnert.** Für den lokalen Teil: **Dr. Rudolf Brool.** Für den Sportteil: **Jens v. Egan-Krieger.** Für den übrigen Teil des Blattes: **Dr. Hans Simon.** Für den Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: **Hermann Jochim Schumacher.**
Sämtlich in Berlin.

Druck und Verlag der **Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt**, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.

Theater für Freitag, den 14. Januar 1921.

Staats-Theater. Opernhaus. Unter den Linden. 11. Abonnem.-Vorstellung. Mignon. Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas. Text mit Benutzung d. Goetheschen Romans „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ von Michel Carré und Jules Barbier, deutsch von Ferdinand Gumbert. Anfang 7 Uhr. — Donnerstag, 12. Abonnements-Vorstellung. Fidelio. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Am Gendarmenmarkt. 143. Karten-Reservesatz. Neu einstudiert: Torquato Tasso. Schauspiel von Goethe. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend, 11. Abonnements-Vorstellung. Die Sterne. Anfang 7 Uhr.

Gr. Schauspielhaus 7 Uhr: Florian Geyer. 16. A. 3. Abd.

Deutsches Theater 8 U.: Cäsar u. Kleopatra.

Kammerspiele. 7 Uhr: Florindo. — Hierauf: D. Abenteurer u. d. Sängerin.

Theat. i. d. Königgrätzerstr. 8 Uhr: Salome.

Komödienhaus. 7½ U.: Die Sache mit Lola.

Berliner Theater. 7 Uhr: Spanische Nachtigall.

Volksbühne. Theat. am Bülowplatz. 7 Uhr: Wallensteins Tod.

Th. a. Nollendorfpl. 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht.

Schiller-Theater. 7½ Uhr: Der Biberpelz.

Theat. d. Westens. 7½ U.: D. ersten Liebe gold. Zeit.

Versteigerung LXVI
Das radierte Werk von
Daniel Chodowiecki
Ausstellung: 17. und 18. Januar 1921
Versteigerung: 19. und 20. Januar 1921 [5405
Karl Ernst Henrici
Berlin W 35 Lützowstrasse 82

Kl. Schauspielhaus. 7½ Uhr: Reigen.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Der Selige. Lottchens Geburtstag.

Residenz-Theater. Tägl. 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer von Oscar Wilde.

Trianon-Theater. Täglich 7½ Uhr: Kammermusik. Lustspiel von H. Ilgenstein.

Wintergarten Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Welt-Panorama (Passage). Zum 1. Male: Offensive im Westen, Mai 1918. Rom, Vatikan, Palazzina etc. Eine Reise 40 ₰, Kind 20 ₰. Abonnements 10 Reisen 3 *M*.

Scala Lutherstrasse. Die Varieté-Bühne 7.30

Reichshallen Theater. Abends 7½ Uhr und Sotg. nachm. 3 Uhr: Stettiner Sänger. Nachm. halbe Preise. Varieté-Dönhoff-Brettl. Anf. 6½ Uhr. Stgs. 5 Uhr.

Apollo-Theater 7½ Uhr: Das Publikum filmt allabendlich unter persönlicher Leitung von Leo Peukert. Dazu das grosse Varieté-Programm.

Kaufe Gebisse auch zerbrochene, zahle Zahn M. 8.— wenn Platinstifte. Edelmetall-Ankaufstelle **Zanzow**, Friedrichstr. 192/193 a. d. Leipzigerstr.

Schlafzimmer — echt Eiche, mit Facettenspiegeln und echtem Marmor — 3800,—, 4500,—, 4800,— M.
Küchen 595,—, 675,—, 725,— M. 5044
Möbelfabrik Thies, Chausseestr. 88
Geschäftszeit von 9—12 und 2—7.

„Dinos“
Automobil-Werke A.G.
Charlottenburg — Hohenschönhausen
Zweigniederlassung Werft-Warnemünde
Personenwagen
Lastwagen
Raupenschlepper
4630

Die Egoistin verheimlicht es, daß sie täglich Plantox zu ihrem Essen nimmt.
Gute Seelen teilen es ihren Freundinnen mit.
Plantox-Extract und Plantox-Würze sind in jedem Kolonialwarengeschäft zu haben.
FARAGUAY-FLEISCHEXTRACT-GES. m. b. H. Hamburg.

Grünewalds Büro-Möbel-Werke. Trotz Qualitätsware billigste Preise. Büro-Ausstellung 2000 qm. BERLIN N.W.7. Friedrichstr. 154 Abt. T. 2.

Pianos Flügel, Harmoniums, Qualität u. Preiswürdigkeit unübertroffen. Hof-Piano-Fabrik **Roth & Junius**, Brandenburgstr. 72/73. Berlin S. 29.

Amsterdamer Juwelen-Niederlassung kauft **Juwelen** Brillanten, Smaragden, Perlen usw. Unt. d. Linden 17-18 Nähe Kranzler

Bruchbänder ohne Feder, für Personen, bei denen natürliche Fettpolster fehlen und besonders empfindlich gegen Druck sind. Ich biete mit meinen elastischen Bruchbändern das, was jeder Bruchleidende sucht — ein wirksames Mittel, den Bruch zuverlässig und bequem zurückzuhalten.
J. J. Gentil, Berlin B 66, Potsdamer Strasse 5. Spezialist für Bruchbänder. 5954

Brillanten Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre kauft zu hohen Preisen **M. SPITZ**, Friedrichstr. 91/92 I. Etage zw. Mittel- u. Dorotheenstr.

Wohnungstausch Zehlendorf-Charlottenburg Gesucht 4—5 Zimm. nahe Bhf. Charl., Heerstr., Zoo gegen 5—6 Zimm. Zehlendorf, nahe Bhf., oder 4 Zimm. Nassauische Str. (Wilmersd.). Anfragen unter Dr. H. 23 an die Geschäftsstelle der „Deutschen Allgem. Zeitung“.

Möbel-Transporte In- und Ausland Emil Tücking Uhlandstrasse 60 Uhl. 2964, Pfb. 7406

Werner & Pfleiderer Cannstatter Misch- u. Knet-Maschinen Dampf-Backofen-Fabrik Cannstatt-Stuttgart

Komplette Einrichtungen für Lebensmittel und Chemie. Patente in allen Ländern. 167 Höchste Auszeichnungen.

MM „EXTRA“ Matheus Müller ELTVILLE